



Wenn die Polizei absichtlich rammt – Londons riskante Antwort auf flüchtende Autofahrer und das französische Unbehagen

In London enden Verfolgungsjagden nicht zwangsläufig in kilometerlangen Hochgeschwindigkeitsfahrten durch enge Straßenschluchten. Seit Jahren setzen britische Polizeikräfte auf eine Methode, die auf dem europäischen Kontinent immer noch Staunen, Skepsis und Unbehagen auslöst: den sogenannten *tactical contact*. Dabei rammen Streifenwagen gezielt flüchtende Fahrzeuge, um sie außer Gefecht zu setzen. Kontrolliert, geplant, offiziell erlaubt. Was in Großbritannien als pragmatische Gefahrenabwehr gilt, stößt in Frankreich auf eine Mischung aus Faszination und Ablehnung – und berührt einen hochsensiblen sicherheitspolitischen Nerv.

Der Ausgangspunkt dieser Praxis liegt in einer nüchternen Risikoabwägung. In Großbritannien, insbesondere im Zuständigkeitsbereich des Metropolitan Police Service, wird der *refusal to stop* nicht als bloßer Ungehorsam, sondern als unmittelbare Bedrohung für die öffentliche Sicherheit betrachtet. Gestohlene Fahrzeuge, Fahrer unter Drogeneinfluss, rücksichtslose Fluchtversuche durch dicht besiedelte Wohngebiete – die Liste der Risiken ist lang. Die britische Logik: Eine kurze, gezielte Intervention kann weniger gefährlich sein als eine minuten- oder gar stundenlange Verfolgung, bei der Unbeteiligte zur unfreiwilligen Statisten eines Hochrisikospiele werden.

Der *tactical contact* folgt dabei festen Regeln. Der Streifenwagen berührt das Heck oder die Seite des flüchtenden Autos mit kalkulierter Geschwindigkeit, um einen kontrollierten Kontrollverlust herbeizuführen. Kein blindes Draufhalten, kein improvisierter Akt der Wut, sondern eine einstudierte Bewegung, die auf Training, Erfahrung und klaren Einsatzvorgaben basiert. Ziel ist nicht die Bestrafung, sondern die sofortige Beendigung der Gefahrensituation. Kurz gesagt: Schluss jetzt, bevor etwas Schlimmeres passiert.

Doch auch in London darf nicht jeder Bobby Polizeiautos als Rammböcke einsetzen. Nur speziell geschulte Beamte dürfen diese Technik anwenden. Jeder Einsatz wird im Vorfeld anhand konkreter Kriterien bewertet: Schwere des mutmaßlichen Delikts, Verkehrsdichte, Wetterlage, urbanes Umfeld. Und danach folgt stets die Kontrolle. Interne Prüfungen, unabhängige Ermittlungen, öffentliche Debatten. Der britische Ansatz ist transparent, aber nicht unumstritten. Tote und Schwerverletzte hat es gegeben. Angehörige von Opfern und Menschenrechtsorganisationen kritisieren die Methode scharf. Der Kern der Auseinandersetzung bleibt dennoch stets derselbe: Ist das Risiko dieser Technik geringer als das Risiko, nichts zu tun?

Genau an diesem Punkt beginnt das französische Zögern. In Frankreich ist die Doktrin traditionell eine andere. Lieber entkommen lassen als eskalieren. Lieber Abstand halten als aktiv eingreifen. Diese Haltung speist sich aus rechtlichen, historischen und kulturellen Gründen. Das französische Recht betont die strikte Verhältnismäßigkeit des Mitteleinsatzes.



Wenn die Polizei absichtlich rammt – Londons riskante Antwort auf flüchtende Autofahrer und das französische Unbehagen

Jede Handlung eines Beamten wird individuell bewertet, strafrechtlich überprüft, gesellschaftlich diskutiert. Der Spielraum für Sekundenentscheidungen ist eng, das persönliche Risiko für Polizisten hoch.

Gleichzeitig haben die *refus d'obtempérer* in Frankreich in den vergangenen Jahren eine neue Dimension erreicht. Immer häufiger enden sie tödlich – für die Flüchtenden, für Unbeteiligte, manchmal auch für Einsatzkräfte. Polizeigewerkschaften warnen seit Langem davor, dass die faktische Unmöglichkeit, Fahrzeuge aktiv zu stoppen, einen fatalen Anreiz schafft. Wer weiß, dass die Polizei kaum eingreifen darf, fährt aggressiver, schneller, rücksichtsloser. Ein Teufelskreis, sagen die einen. Rechtsstaatliche Vorsicht, sagen die anderen.

Die Übertragung des britischen Modells auf Frankreich wirkt deshalb wie ein politisches Minenfeld. Juristisch wäre sie schwer umzusetzen. Anders als in Großbritannien, wo Entscheidungen stärker institutionell getragen werden, bleibt in Frankreich die individuelle Verantwortung des Beamten zentral. Ein bewusster Zusammenstoß, selbst unter klaren Vorgaben, könnte Jahre später vor Gericht landen – mit ungewissem Ausgang. Wer setzt sich diesem Risiko freiwillig aus?

Hinzu kommt die gesellschaftliche Dimension. Bilder von Polizeifahrzeugen, die Autos rammen, würden in Frankreich sofort eine aufgeheizte Debatte auslösen. Gewalt, Machtmissbrauch, Eskalation – die Schlagworte liegen griffbereit. Das Vertrauen in staatliche Autorität ist fragiler als auf der Insel, die politische Polarisierung tiefer. Selbst ein streng regulierter Einsatz könnte als Symbol exzessiver Härte gelesen werden. Da hilft auch kein Regelwerk, kein Trainingshandbuch.

Und doch lässt sich der Vergleich nicht einfach beiseiteschieben. London zwingt Frankreich, eine unbequeme Frage zu stellen. Wie viel Risiko ist eine Gesellschaft bereit zu akzeptieren, um ein größeres Risiko zu vermeiden? Absolute Sicherheit gibt es nicht, weder im Nichthandeln noch im Eingreifen. Der britische Ansatz nimmt diese Unsicherheit in Kauf und versucht, sie zu steuern. Der französische versucht, sie zu minimieren – und riskiert dabei andere Gefahren.

Am Ende geht es weniger um Technik als um Haltung. Um das Verhältnis zwischen Staat und Bürgern, um Vertrauen, Verantwortung und die Frage, wer den Preis für Unsicherheit zahlt. Vielleicht ist der *tactical contact* nichts für Frankreich. Vielleicht aber ist das eigentliche Risiko, die Debatte darüber aus Angst vor politischen Verwerfungen gar nicht erst zu führen. Denn die Realität auf den Straßen wartet nicht auf juristische Fußnoten. Sie rollt weiter. Mit oder ohne Blaulicht.



Wenn die Polizei absichtlich rammt – Londons riskante Antwort auf flüchtende Autofahrer und das französische Unbehagen

Autor: C.H.